



**Frank H. Asbeck
Interview S. 3**

Interview mit Frank H. Asbeck, Vorstandsvorsitzender der SolarWorld AG



**Norbert Walter
Interview S. 5**

Interview mit Prof. Dr. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe



**Berlintage
Bericht S. 9**

Am Puls Berlins: UnternehmensGrün im Gespräch mit Bundestagsabgeordneten



„Expectoration“ aus der Präsentation „industrial scars“ des Photographen J Henry Fair im Rahmen der Tagung „Sabotieren Subventionen unser Klima?“ am 15. November 2008, Zeche Zollverein, Essen, Seite 7 f.

Umweltschädliche Subventionen: ungedechte Wechsel auf unsere Zukunft

Die sich zu einer weltweiten Wirtschaftskrise verdichten Turbulenzen der internationalen Finanzmärkte führen uns noch einmal eindringlich vor Augen: unser Geld- und Finanzsystem ist eine der Haupttriebkraft unseres heutigen Gesellschaftssystems. Die grundlegenden Spielregeln der Finanzmärkte prägen dabei maßgeblich unser Handeln und entscheiden letztendlich darüber, ob wir dem kurzfristigen Profitstreben eines spekulativen Zockerkapitalismus erliegen oder einen Entwicklungspfad einschlagen, der langfristiges und verantwortungsvolles Wirtschaften behilft.



Florian Prange

Ähnlich verhält es sich dabei mit der Steuer- und Finanzpolitik, die, neben der direkten Gestaltung der öffentlichen Haushalte, eine Vielzahl von – einander mitunter widersprechenden – starken Lenkungswirkungen auf das Handeln der ökonomischen Akteure entfaltet. Dadurch prägt sie die grundlegenden Entwicklungen unserer Gesellschaft häufig in einem tieferen Maße als die Formulierung und Umsetzung von Zielen im politischen Entscheidungsprozess. Dies wird besonders deutlich, wenn die durch umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen geschaffenen Anreize und Steuerungswirkungen im Bundeshaushalt betrachtet werden.

So stehen insbesondere die von der Regierung immer wieder als wesentliche Zukunftsaufgabe hervorgehobene Klima- und Bildungspolitik in einem krassen Gegensatz zu der tatsächlichen Verwendung unserer Gelder im Bundeshaushalt. Die tatsächlichen Größenordnungen dieser

Fehlsteuerung werden dabei aber erst deutlich, wenn nicht nur die im Subventionsbericht des Bundes aufgeführten Tatbestände berücksichtigt, sondern auch die in den unterschiedlichen Bundesgesetzen geregelten Ausnahme-regelungen mit einbezogen werden. Hier behindert fehlende Transparenz volkswirtschaftlich sinnvolles Handeln.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat daher 2008 in einer Studie für Greenpeace eine Bilanz aller umwelt- und klimaschädlichen Subventionen auf Bundes-ebene gezogen, um das tatsächliche Ausmaß dieser Fehlsteuerung zu dokumentieren (vgl. http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/energie/Greenpeace_Subventionsstudie_final.pdf). Zusammengefasst ergibt sich ein Volumen von rund 34,5 Milliarden Euro, das etwa 13 % des Bundeshaushaltes 2007 entspricht. Als separat ausgewiesener Posten nähmen ökologisch kontraproduktive Subventionen damit – nach den Ausgaben für Arbeit und Soziales und dem Schuldendienst – einen der prominentesten Plätze ein und übersteigen etwa die Investitionen für Bildung und Forschung in Höhe von 8,5 Milliarden Euro um ein Vielfaches.

Insbesondere die großen Kohle- und Atomkonzerne profitieren: Zwar laufen die Steinkohle-Subventionen – derzeit rund 1,8 Milliarden Euro – langsam aus, doch gehen dem Bundeshaushalt durch die Nicht- oder Geringbesteuerung der klimaschädlichen Kohle jährlich 3,7 Milliarden Euro verloren. Braunkohle, der klimaschädlichste Brennstoff, wird dagegen mit mindestens 200 Millionen Euro für den Tagebau gefördert. Gleich mehrfach profitieren die Betreiber von

Fortsetzung auf Seite 2

IN DIESER AUSGABE

Umweltschädliche Subventionen Florian Prange	Seite 1
Editorial Dr. Nina Scheer	Seite 2
„Grünes Geld“ – Anbieter und Angebote nachhaltiger Geldanlage Dr. Holger Blisse	Seite 2
Interview mit Frank H. Asbeck Vorstandsvorsitzender der SolarWorld AG	Seite 3
Ökologisches Wirtschaften vor dem Hintergrund der Finanzkrise Umfrage	Seite 3
Krise der internationalen Finanzmärkte Eugen Schlachter	Seite 4
Interview mit Prof. Dr. Norbert Walter Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe	Seite 5
Ein Jahr Grünkauf Andreas Buchner	Seite 6
Sabotieren Subventionen unser Klima? Tagung, 15. 11. 2008 Dr. Nina Scheer	Seite 7
Umwelt-Wirtschaftsethik Vierte Veranstaltung, 19. 10. 2008 Dr. Nina Scheer	Seite 8
Berlintage Klaus Stähle	Seite 9
Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften Wiebke Hampel	Seite 10
Potentialabschätzung – Erneuerbare Energien in der MRN	Seite 11
Sozial-ökologisches Mittelstands-Forum Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung	Seite 12



Impressum

Herausgeber: UnternehmensGrün e.V., Wielandstraße 17, 10629 Berlin, T 030/32599683, F 030/ 32599682, e-mail: info@unternehmensgruen.de, www.unternehmensgruen.de

Redaktion: Dr. Nina Scheer, Chefredakteurin, v.i.S.d.P.; Layout: Ute Vogt, freelance project, Stuttgart; Redaktionsbeirat: Bernd Faller, Andreas Buchner, Klaus Stähle; gedruckt auf 100% Recyclingpapier, Oktoberdruck, Berlin; Erscheinungsweise: zwei Mal jährlich; Preis im Jahresabonnement: 20,- € zzgl. 5,00 € Versand, für Mitglieder kostenlos. Anzeigenpreisliste auf Anfrage, Abonnements nimmt der Herausgeber entgegen. Das Abonnement kann acht Wochen vor Jahresende abbestellt werden. Alle in unserer Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Der Inhalt darf ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers in keiner Form – weder durch Fotokopie, noch durch andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Datenverarbeitungsmaschinen verwendbare Sprache übertragen werden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann der Herausgeber keine Haftung übernehmen. Bildnachweis: J Henry Fair, Graffiti, J. E. Röttgers, Stuttgart, SolarWorld AG, UnternehmensGrün-Archiv.

Fortsetzung von Seite 1

Atomkraftwerken: Die Steuerbefreiung für Kernbrennstoffe spart ihnen jährlich 1,6 Milliarden Euro ein. Weitere 800 Millionen Euro bringt ihnen die Steuerfreiheit der Rückstellungen für den künftigen Abbau der Atommeiler.

Im Verkehrsbereich ist die derzeit heiß diskutierte und vom Bundesverfassungsgericht inzwischen wieder eingeführte Pendlerpauschale nur die Spitze des Eisberges. 6,15 Milliarden Euro Steuerausfall pro Jahr verursacht die geringere Mineralölsteuer auf Diesel-Kraftstoff, der mehr CO₂ als Benzin und krebserregende Rußpartikel ausstößt. Die Steuerbefreiung für Flugbenzin schlägt mit real 8,7 Milliarden Euro zu Buche. Weitere 600 Millionen Euro Steuervorteil erhalten die Fluggesellschaften im Inland durch die Befreiung von der Mehrwertsteuer bei Fernflügen, während die Bahn im Fernverkehr den vollen Steuersatz zahlt. Auf eine halbe Milliarde Euro verzichtet der Staat durch die geringe Steuer für privat genutzte Dienstwagen, die häufig einen hohen Spritverbrauch haben – nicht eingerechnet die Milliardenausfälle durch die Abschreibung der Anschaffungskosten.

Dagegen ist es – zahlloser Lippenbekenntnisse der politischen Elite zum Trotz – um die Investitionen in Bildung und Forschung schlecht bestellt. Gerade in einem Bereich, der für die Zukunft eines ressourcenarmen Landes von entscheidender Bedeutung ist, nimmt die Bundesrepublik nur einen der hinteren Plätze ein. So stellt eine aktuelle Studie der OECD erneut fest, dass die Bildungsausgaben in Deutschland mit 5,3 % des BIP deutlich unter dem Durchschnitt der 30 wichtigsten Industrienationen liegen. Der Studie zufolge wird der Abstand zwischen Deutschland und den Ländern, die mehr in die Bildung stecken, größer. So fehlen gut 16 Milliarden Euro, um den Durchschnitt von 5,8 % des BIP im internatio-

nalen Vergleich zu erreichen. „Deutschland verliert an Boden“ ist dementsprechend auch das lakonische Fazit der OECD Studie. Und doch nehmen wir auch weiterhin bereitwillig in Kauf, dass Umwelt-zerstörendes Handeln ein Mehrfaches dessen verschlingt, was im Haushalt für Bildung vorgesehen ist.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft zog in einer Studie für Greenpeace eine bundesweit berechnete Bilanz aller umwelt- und klimaschädlichen Subventionen: Zusammengefasst ergibt sich ein jährliches Volumen von rund 34,5 Milliarden Euro, das etwa 13 % des Bundeshaushaltes 2007 entspricht. Dem stehen Investitionen für Bildung und Forschung in Höhe von 8,5 Milliarden Euro gegenüber.

Allerdings zeigt diese Fehlallokation öffentlicher Gelder auch, wie durch den gezielten Abbau falscher finanzieller Anreize Spielräume für entscheidende Zukunftsinvestitionen gefunden werden können. Dies erfordert freilich den Mut der Politik, im Sinne des Allgemeinwohls und zukünftiger Generationen den Einzelinteressen starker Lobbygruppen gegenüber zu treten. Letztendlich ist das auch die ermutigende Botschaft dieser zunächst einmal ernüchternden Zahlen: die Mittel für eine gestaltende Zukunftspolitik sind vorhanden. Und diese Chance gilt es zu nutzen.

Mit der Zukunft lässt sich haushalten!

Florian Prange

Mathematiker und Gründer der Firma ProjectComplexity in Hamburg. Vorstandsmitglied Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. und Initiator des Schwarzbuches „Klima- und Umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen“.

„Grünes Geld“ – Anbieter und Angebote nachhaltiger Geldanlage



Dr. Holger Blisse

Die derzeitige Krise an den internationalen Finanzmärkten hat ein ungeahntes Ausmaß erreicht. Sie hat zu Liquiditätsengpässen und Zusammenbrüchen einzelner Kreditinstitute und in vielen Ländern zu staatlichen Stützungsmaßnahmen geführt. In Deutschland sind die Vorkehrungen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes (FMStG) in Kraft getreten, und die Institute greifen darauf zurück. Bei den Sparern ist die Besorgnis über die Sicherheit ihrer Geldanlagen gestiegen. Glücklicherweise ist das Vertrauen in die Finanzkraft der heimischen Institute derzeit stabil. In diesen Zeiten, so könnte man meinen, geht es weniger um die mit einer Geldanlage verfolgten Ziele. Es kommt vielmehr darauf an, ob das Geld überhaupt sicher angelegt ist.

„Grünes Geld“ ist dabei eine Spielart der Möglichkeiten. Welches Anlageuniversum verbirgt sich hinter dem so freundlich klingenden Begriff, und sind möglicherweise grünes – nachhaltig angelegtes – und sicheres Geld kein Widerspruchspaar?

Die Geldanlage- und Finanzierungsmöglichkeiten werden von unterschiedlichen Anbietern bereitgestellt. Direktangebote der Banken und Versicherungen unterscheiden sich wenig von den konventionellen Angeboten, aber es ist eben noch eine Anlagendimension hinzugekommen – der ethische, ökologische oder soziale Aspekt, der die Art charakterisiert, wie das Geld eingesetzt wird.

Bei den Banken sind beispielsweise in Deutschland die beiden genossenschaftlich organisierten Institute EthikBank, eine Zweigniederlassung der Volksbank Eisenberg eG, und GLS Gemeinschaftsbank eG, Bochum, sowie die Steyler Bank GmbH, St. Augustin und die börsennotierte UmweltBank AG, Nürnberg, zu nennen. Ähnlich der Steyler Bank, auch als

Missionssparinstitut bezeichnet, sind im konfessionellen Bereich einige weitere kirchliche, evangelische wie katholische, Kreditgenossenschaften tätig.

Die Einlagen bei den genossenschaftlichen Instituten unterliegen dem Institutsschutz der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, die beiden anderen Institute gehören dem Sicherungssystem der privaten Banken an, wobei die UmweltBank ausschließlich der gesetzlichen Entschädigungseinrichtung deutscher Banken angehört, die 90 % der Einlagen, maximal bis zum Gegenwert von 20.000 Euro schützt. EU-weit soll diese Grenze auf 100.000 Euro heraufgesetzt werden. Die Steyler Bank genießt darüber hinaus den Schutz des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken.

Von der Sicherung sind so mindestens die Termin-, Spargeld- und Sparbriefangebote der Institute erfasst. Diese refinanzieren die Kreditvergabe der Institute, deren Verwendungszwecke dafür ursächlich sind, dass es sich um „grüne“ Angebote handelt. So weiß der Anleger, dass seine der Bank überlassenen Gelder nur für bestimmte Verwendungsarten in Frage kommen, wie z. B. Solaranlagen, ökologische Bauvorhaben, Wind- und Wasserkraft, Biomasse und Biogas sowie ökologische Landwirtschaft. Die GLS Bank legt sogar in ihrer Zeitschrift Bankspiegel Rechenschaft darüber ab, an wen und in welcher Höhe sie Kredite vergeben hat. Die EthikBank informiert darüber, in welchen eigenen Wertpapieren Mittel der Kunden investiert sind.

Grüne Banken, Versicherungen, aber auch Kapitalanlagegesellschaften (Investmentfonds) werden nicht nur durch die speziellen Kenntnisse ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getragen, sondern greifen durch Experten in Anlageausschüssen oder Umweltbeiräten ebenso wie in ihren Aufsichtsräten zusätzlich auf einschlägiges Wissen zurück.

Editorial

Die nun dritte Ausgabe der zum Ende eines jeden Halbjahres erscheinenden Zeitschrift hat ihren – derzeit nahe liegenden – Schwerpunkt in Fragestellungen rund um Ursache und Wirkung der Finanzmarktkrise. Besonderes Augenmerk verleihen die Beiträge den Resultaten, die die Ereignisse für die Ökologische Wirtschaft haben.

Chronologisch betrachtet bleibt allerdings zuvorderst das am 1. Juli begonnene und von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderte Projekt „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“ hervorzuheben. Eine ausführliche Präsentation von Ausrichtung und Ziel des Projekts fand sich in der ersten Ausgabe 2008 der Zeitschrift (vgl. im Einzelnen unter www.unternehmensgruen.de). Weitere hinzugewonnene Kooperationspartner werden – in Kombination mit einem die Ereignisse der ersten Monate des Projekts dokumentierenden Bericht – vorgestellt.

Das Verhältnis der Finanzwirtschaft zu ökologischen Fragestellungen behandelte die vierte Veranstaltung der Vortragsreihe „Umwelt-Wirtschaftsethik“, die UnternehmensGrün am 19. Oktober 2008 in Kooperation mit EUROSOLAR e.V. und der GLS Bank Berlin in deren Räumen, unterstützt durch die Umweltfinanz AG, ausrichtete. Mit Prof. Dr. Königen, der eine Analyse struktureller Risikoquellen präsentierte, Hanne May, Chefredakteurin Neue Energie, die über Investitionen in Erneuerbare Energien referierte und Werner Landwehr, Leiter GLS Bank Berlin, dessen Vortrag – in Anlehnung an das Konzept der GLS Bank – einen Wegweiser für eine Rückbesinnung auf einen ethisch-nachhaltigen Umgang mit Geld erläuterte, gelang ein hochwertiger Einblick in das Funktionieren des Finanzmarktes unter gleichzeitiger Betrachtung von Rolle und Chance einer Ökologischen Wirtschaft.

Die Tagung „Sabotieren Subventionen unser Klima?“, deren Premiumsponsor, systaic AG, mit Olaf Achilles, Vorstand systaic AG – im Rahmen der Podiumsdiskussion zusammen mit Matthias Willenbacher, Vorstand juwi Gruppe – vertreten war, vermittelte mit Referaten von Dr. Harry Lehmann, Umweltbundesamt und Florian Prange, Vorstand FÖS, eine Offenbarung klimaschädigenden Verhaltens in dessen staatlicherseits geldwert begünstigten bzw. subventionierten Form. Verbildlicht zeigte J. Henry Fair, Photograph, anhand einer referierten Photo-Präsentation „industrial scars“ (vgl. Titelbild), eindrucksvoll Auswirkungen umwelt- und klimaschädigenden Verhaltens. Die Tagung fand am 15. November unter Mitwirkung der Heinrich Böll-Stiftung NRW in der Zeche Zollverein, Essen statt, einem industriehistorischen Denkmal.

Ebenfalls an die Finanzmarktkrise anknüpfend, beinhaltet diese Ausgabe zwei Interviews, mit Frank Asbeck, Vorstandsvorsitzender SolarWorld AG und mit Prof. Dr. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe, die ich am dritten bzw. achten Dezember mit den Befragten telefonisch führte.

Aufsehen konnte die im Herbst von UnternehmensGrün herausgegebene „Potentialabschätzung – 100 % Strom aus Erneuerbaren Energien in der Metropolregion Rhein Neckar“ erregen. Dass sie eine zukunftsweisende Grundlage für eine sich rasant entwickelnde Ökologische Wirtschaft im Bereich der Etablierung Erneuerbarer Energien-Technologien bietet, ist nicht zuletzt der ebenfalls in dieser Ausgabe dokumentierten Umfrage an ökologisch ausgerichtete Unternehmen zu entnehmen. Deren Ergebnis ist als ein weiterer Beleg bzw. Hinweis zu werten, dass ökologisches Wirtschaften auch aus der Perspektive von Unternehmen ökonomisch sinnvoll ist und vermehrt sein wird.

Bereits an dieser Stelle möchte ich auf die für 2009 entstandene Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung hinweisen, aus der sich – zunächst als Pilotprojekt – die Veranstaltungsreihe „Sozial-ökologisches Mittelstands-Forum“ formieren wird, vgl. auch hierzu die folgenden Ausführungen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Dr. Nina Scheer

Geschäftsführerin UnternehmensGrün

Die Kreditinstitute vermitteln Beteiligungen an Kraftwerksanlagen und Windparks, die man auch vom Anbieter direkt erwerben kann, wie dies bei den noch jungen Forstinvestments die Regel ist. Aber auch der Kauf/Verkauf von Aktien an der Börse notierter Unternehmen aus den Umweltbranchen vollzieht sich über Kreditinstitute. Die Aktien sind in zahlreichen Marktindizes enthalten und erlauben so den Marktvergleich mit konventionellen Aktienindizes, die sich sehr oft weniger positiv entwickelt hatten als grüne Indizes wie z. B. der PPVX (Photon Photovoltaik Aktien-Index) mit 30 Titeln oder der nx-25 für 25 ausgewählte „Natur“-aktien. Ebenso gibt es die Beteiligung an einer Auswahl von Wertpapieren, Aktien wie Anleihen, über Investmentfonds oder vermittelt über ein Zertifikat. Im Fondsbereich finden sich sowohl Angebote der etablierten großen Kapitalanlagegesellschaft wie von Spezialisten. Bei den Zertifikaten ist auf die Bonität des Emittenten, zumeist ein Kreditinstitut, zu achten, da die Zertifikate Schuldverschreibungen sind und die angelegten Gelder nicht zwingend in der zugrunde liegenden Anlagestrategie investiert sind. Anders ist es bei den Fonds. Jeder Fonds wird als selbständiges Sondervermögen der Fondsgesellschaft geführt. Die Gesellschaft legt offen, aus welchen Wertpapieren und aus wie viel liquiden Mitteln das Vermögen zusammengesetzt ist.

Insbesondere Aktien und das in Aktien angelegte Fondsvermögen haben in Folge der Finanzkrise an Wert eingebüßt. Indizes wie der PPVX oder der nx-25 sind seit Jahresbeginn 2008 bis Anfang November um 65,7 % bzw. 48,3 % gefallen. Trotzdem ist es nicht vermehrt zu Mittelabflüssen aus den grünen Investmentfonds gekommen, anders als bei den übrigen Fonds, die z. T. eine spürbar hohe Anteilsrückgabe verzeichneten. Wie Susanne Bergius im Handelsblatt vom 12. November 2008 berichtet, ist es bei grünen Banken wie der GLS Bank in letzter Zeit zu höheren monatlichen Mittelzuflüssen als sonst und überdurchschnittlich vielen Neukundenverbindungen gekommen, so dass das Vertrauen der Anleger in die Sicherheit des grünen Geldes und seiner Anbieter durchaus fortbesteht.

Dr. Holger Blisse
Redakteur des ÖKO-INVEST, Wien

Interview mit Frank H. Asbeck

Unternehmensgründer und seit 1998 Vorstandsvorsitzender der SolarWorld AG

Scheer: Ist das Angebot der SolarWorld AG noch aktuell, Opel zu übernehmen? Wenn ja, rechnen Sie noch mit Reaktionen?

Asbeck: Wir haben unser Interesse bekundet, dem nunmal nicht entsprochen wurde. Ich rechne mit gar nichts, schätze nur, dass der Leidensdruck von Opel und bei General Motors nicht geringer wird.

Scheer: Gibt es Überlegungen, ein solches Angebot gegenüber einem anderen Automobilhersteller zu wiederholen?

Asbeck: Nein, Opel ist eine einzigartige Situation, ein zukunftsgerichtetes Unternehmen, das auch die Technik im Hause hat, das eine überschaubare Größe hat und das die komplette Entwicklung mit dem Forschungszentrum Rüsselsheim bereitstellen kann.

Scheer: War Ihrem Vorschlag ein Appell an die Automobilindustrie zu entnehmen?

Asbeck: Ja, nicht umsonst hat ja die Zapfsäule gezittert; Es gibt eine Zeit vor und eine Zeit nach dem SolarWorld-Angebot. Man konnte sehen, mit welcher Eile aus den Schubladen der Automobilindustrie – ob nun VW oder Mercedes – „der grüne Anstrich“ gezaubert wurde, um mit Anzeigen-Kampagnen zu zeigen, dass man in dieser Thematik am Ball ist.

Scheer: Ist mit Obama eine größere Wachheit für ökologische Entwicklungen zu erwarten?

Asbeck: Der Kongress hat ja bereits Programme in die richtige Richtung aufgelegt, die nun mit Obama sicher weiter geführt werden.

Scheer: Sie hatten am Beispiel von Opel prognostiziert, dass man bei Hybrid-Fahrzeugen über vier Prozent jährlichen Marktzuwachs erreichen könnte. Ist das eine von dem Opel-Szenario zu abstrahierende mögliche Entwicklung?

Asbeck: Bei der Überschaubarkeit der Produkte hätte man bei Opel die Produktpalette fünf Prozentweise – so denke ich, wird auch der Absatz sein – in die richtige Richtung laufen



© SolarWorld AG

lassen, so dass jährlich fünf Prozent der abzusetzenden Autos grüne Autos wären. Dafür besteht auch der Markt und entsprechender Leidensdruck. Jedes Jahr werden zehn Prozent der Autos ausgetauscht, womit sich dann über kurz oder lang die Hälfte der Automobilkäufer für grüne Fahrzeuge entscheidet.

Scheer: Was glauben Sie, welchen Einfluss die Finanzkrise nun auf diese Entwicklung im Automobilbereich haben wird?

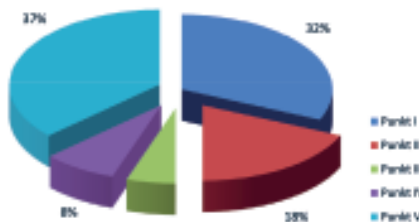
Asbeck: Ich denke, dass die Leute nun nicht nur Wertberichtigung vorhaben, sondern auch eine Wertberichtigung bevorsteht. Sie werden z.B. sehen, dass ein Auto Geld auffrisst und eine Investition in Erneuerbare Energien Geld bringt.

Fortsetzung auf Seite 4

Ökologisches Wirtschaften vor dem Hintergrund der Finanzkrise

Eine Umfrage, die UnternehmensGrün am 3. Dezember 08 an die Ökologische Wirtschaft richtete.

Im Ergebnis war 50 % der Rückmeldungen zu entnehmen, die Finanzmarktkrise sei gerade aufgrund der ökologischen Ausrichtung des Unternehmens nicht spürbar (32 %) bzw. die Finanzmarktkrise sei spürbar, aber aufgrund der ökologischen Ausrichtung des Unternehmens leichter überwindbar (18 %). Die genannten Adressaten hielten ferner zu 34 % eine stärkere ökologische Ausrichtung der Instrumente zur Bewältigung der Finanzmarktkrise für sinnvoll. Die genaue Auswertung ist der unten stehenden Übersicht zu entnehmen.



Hintergrund der Befragung

Allen sind die Rettungspakete bekannt, die angesichts der Finanzkrise kursieren. Nun erreichen wir aber eine weitere Stufe: Auf EU-Ebene einigte man sich am 2. Dezember 2008 – ein abschließende Abstimmung noch ausstehend – darauf, der Automobilindustrie drei weitere Jahre Zeit zu geben, um den CO₂-Ausstoß auf 120 Gramm pro Kilometer zu senken. Im ersten Jahr müssen 65 % der Neuwagen eines Herstellers

den Grenzwert erreichen. 2013 müssen bereits 75 % die Norm erfüllen, 2014 80 % und 2015 100 %. Ab 2020 wird der durchschnittliche CO₂-Ausstoß dafür auf 95 Gramm pro Kilometer gedeckelt. Brüssel hatte ursprünglich eine Obergrenze von 120 Gramm vorgeschlagen – und dies bereits im Jahr 2012.

Wird hiermit tatsächlich auf die Finanzmarktkrise reagiert? Oder dient die Finanzmarktkrise dazu, bislang schwer durchsetzbare Positionen eines den Herausforderungen von Ressourcenknappheit und Klimawandel nicht gewachsenen Wirtschaftszweiges unter die Arme zu greifen? Sicher wirkt die Finanzmarktkrise auch über die angesprochene Branche in den Arbeitsmarkt hinein und stellt damit für viele Beschäftigte und damit auch für die Gesellschaft ein ernst zu nehmendes Problem dar. Aber ist den Beschäftigten tatsächlich damit geholfen, wenn überkommene, nicht wettbewerbsfähige Strukturen stabilisiert werden? Die Gesetze der Ökonomie werden mit einem Weichzeichner überzogen. Eine so verdeckte Fehlentwicklung vermag weder den Klimawandel aufzuhalten, noch eine Krise zu bewältigen, deren Ausmaß erst durch eben jene möglich wird. Sie wird vielmehr weitere Kosten verursachen, auch die aus Umweltfolgeschäden, die – insoweit – ohne Fehlentwicklungen vermeidbar wären.

Ein schlagkräftiges Argument gegen Maßnahmen, die einer Umweltgerechten Marktwirtschaft entgegen stehen, ist die Stimme der grünen bzw. ökologischen Wirtschaft, die UnternehmensGrün – nicht nur mit dieser Umfrage – repräsentiert und bündeln möchte.

Kann die ökologische Wirtschaft von sich sagen, dass sie trotz Finanzmarktkrise oder gerade in diesen Zeiten auf dem Markt bestehen kann? Lässt sich – bereits heute – an dem Maß der individuellen Belastung erkennen, dass sich ökologisch orientiertes Wirtschaften unmittelbar ökonomisch auszahlt?

Zur Disposition stehende Antworten

- I. Die Finanzmarktkrise ist gerade aufgrund der ökologischen Ausrichtung des Unternehmens nicht spürbar.
- II. Die Finanzmarktkrise ist spürbar, aber aufgrund der ökologischen Ausrichtung des Unternehmens leichter überwindbar.
- III. Die Finanzmarktkrise ist spürbar.
- IV. Die Finanzmarktkrise ist gerade aufgrund der ökologischen Ausrichtung des Unternehmens spürbar.
- V. Wäre eine stärkere ökologische Ausrichtung der Instrumente zur Bewältigung der Finanzmarktkrise aus Sicht der Unternehmen sinnvoll?

Vorgehensweise

Die Umfrage stellten wir per E-Mail. Es gingen uns Antworten von 40 Unternehmen ein. Befragt wurden ca. 200 ökologisch wirtschaftende Unternehmen. Nicht auszuschließen ist, dass das prozentuale Verhältnis der Rückmeldungen nicht auf die Verhältnisse bzw. die Einschätzungen der Unternehmen zu übertragen ist, von denen keine Rückmeldung einging. In diesem Spektrum erhebt die Umfrage keinen Anspruch auf Repräsentativität.

Dr. Nina Scheer
Geschäftsführerin UnternehmensGrün

Kommentar

Krise der internationalen Finanzmärkte:

Folge mangelnder Aufsicht und fehlender Transparenz

Wie lassen sich solche Finanzmarktkrisen künftig verhindern?



Eugen Schlachter

Warum konnte eine solche Krise nicht von vornherein verhindert werden? Ist das Handeln mit Risiken nicht gerade die Kernkompetenz von Finanzmarktexperten? Haben Banken, Wirtschaftsprüfer und Finanzaufsicht denn keine ausgefeilten Risikomanagementsysteme? Das Problem ist, dass derzeit niemand außer den Verantwortlichen in Banken und Fonds weiß, wo die Risiken letztendlich liegen: nicht die Wirtschaftsprüfer, nicht die Aufsichtsräte, nicht die Bankenaufsicht. Da muss man ansetzen, um künftig exzessive Risikopositionen zu vermeiden:

Ein großes Aufgabenfeld liegt hier bei der Bankenaufsicht, die in Deutschland von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Bundesbank gemeinsam vorgenommen wird. Die Aufsicht hat sowohl bei der IKB, als auch bei den Landesbanken Berichte angefordert, aber leider nicht gehandelt. Schon vor drei Jahren waren die Veränderungen in den Bilanzen dieser Institute auffällig. Aufsicht nach dem Prinzip Wegsicht.

Der Gesetzgeber hat zwar reagiert, aber die Gesetze traten erst zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft – das war zu spät. Inzwischen sind die entsprechenden Risikosteuerungsinstrumente in den Banken installiert und die Aufsicht hat entsprechende Transparenz. Aber es wird weiterhin nicht gehandelt. Zumindest national sollte es längst eine Konsolidierungspflicht für Zweckgesellschaften geben sowie ein Verbot für Hedge-Fonds.

Einer weiteren Regelungswut bedarf es nicht. Die vorhandenen Bestimmungen müssen strikt angewandt und von der Finanzmarktaufsicht streng überwacht werden.

Strenge Bilanzierungsvorschriften sind gefordert

Der Grund allen Übels wurde in Deutschland leider überhaupt noch nicht angegangen. Es geht dabei um die internationale Bewertungsmethode nach „Fair Value“, welche über die IFRS so geregelt ist. Diese Form der Bewertung hat in der Vergangenheit die Zuschreibung von Scheingewinnen erlaubt und führte damit zu einer Blasenbildung, welche ja bekanntlich in den letzten zwei Jahren geplatzt ist.

Eine Bilanzierung von Scheingewinnen darf es in der Finanzwirtschaft nicht geben. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass die Bewertung nach „Fair Value“ im Rahmen des Bilanzierungsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) untersagt wird. Ebenso lehne ich die Übernahme internationaler Rechnungslegungsvorschriften (IFRS) für den Mittelstand in Europa ab. Überdies die Standards für „Private Entities“ des IASB (London). Die Regeln des IASB müssen als Folge der Finanzmarktkatastrophe an die Bestimmungen des deutschen Handelsgesetzbuchs angenähert werden.

Eugen Schlachter

Vorstand UnternehmensGrün

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Fortsetzung von Seite 3

Scheer: Wie schätzen Sie vor diesem Hintergrund die Entwicklung im Erneuerbaren Energien-Bereich und – noch weiter gefasst – in der ökologischen Branche ein?

Asbeck: Ich denke, es ist eine enorme Chance. Wir bewegen uns zur Zeit in einem klassischen Condratieff. Das war ein russischer Wissenschaftler, der 1938 von den Kommunisten ermordet wurde. Condratieff sagte, die Geschichte der Menschheit bewegt sich in Wellen. Immer, wenn ein Lebenszyklus ausgelaufen ist, den etwa PKWs oder Computer haben, finden die Gelder keinen sinnvollen Return mehr. Das heißt also, die Gelder können nicht mehr profitabel investiert werden, weil die Margen gegen Null gehen. Und dann fangen die Menschen an zu spekulieren und es gibt diese berühmten Rezessions-Täler. Es ist ein Zyklus, der etwa alle 25 Jahre abläuft und wir befinden uns gerade in einem solchen Tal. Wenn man aber sieht, dass die Produkte in der Zukunft etwas zu tun haben mit alten Menschen, also mit Gesundheit und neuer Mobilität, sieht man, dass da wieder neue profitable Märkte auf uns zukommen. Märkte mit „ziehender“ Wirkung, endliche Energien aufgrund ihrer Endlichkeit zu ersetzen. Das sind lukrative neue Produkte, aber es ist eben auch eine Notwendigkeit, um überhaupt in der Menschheitsgeschichte weiter wirtschaftlich agieren zu

Ich kann mir gut vorstellen, dass der Mittelstand gestärkt aus einer solchen Krise hervorgeht.

können. Wenn man das begriffen hat, weiß man, dass das der Wachstumsmarkt der Zukunft sein wird, in dem auch alle Beschäftigung haben werden. Insofern ist die Hinwendung zu neuen Erneuerbaren-Energien-Konzepten, zu neuen Automobilkonzepten und neuen Mobilitätskonzepten – und der damit verbundenen CO₂-Emissions-Reduktion zur Verhinderung der Klimakatastrophe – ein riesiges Konjunkturprogramm, das man nutzen muss. In diesem Sinne ist auch die PKW-Entscheidung auf EU-Ebene falsch. Es kann nicht angehen, dass man relativ hohe Emissionsmengen zulässt, die zudem schön gerechnet werden können und sich dann noch beschwert, die Strafen seien bei Nichterreichen der Ziele zu hoch. Das ist eine Dreier-Kombination von Ignoranz. Man hätte hier die einmalige Möglichkeit gehabt, mit administrativen Mitteln zu einem effizienten, CO₂-reduzierten PKW zu kommen und das mit einer ordentlichen Übergangsfrist. Man hat nun die Übergangsfrist von vier auf sieben Jahre gelegt. Sieben Jahre sind – wenn man gerade am Abgrund steht – ein ziemlich weiter Schritt. Es zu verkürzen und die Werte hoch zu setzen hätte „wenige Pfennige“ gekostet, von denen niemand kaputt gegangen wäre, zumal ja diese zusätzlichen Pfennige durch den Konsum der Menschen geleitet worden wären. Die Menschen hätten eine entsprechende Nachfrage geschaffen. Sie hätten das Geld nicht für billige chinesische Geschenkartikel ausgegeben, sondern es sinnvoll in die deutsche Industrie investiert, die durch die Nachfrage gelenkt worden wäre.

Wir haben keine Kreditklemme, sondern Kredite werden massiv teuer gemacht.

Scheer: Aber das ist ja gerade das Problem: man weiß um diese Bedingungen, wenn es aber um eine Entscheidung in Form so gearteter Rahmenbedingungen geht, werden doch wieder andere Prämissen gesetzt.

Asbeck: Das ist einfach eine Frage des Lobbyismus und des kurzfristigen Denkens. Wir müssen einfach in größeren Zusammenhängen und längeren Zyklen denken. Wenn man in kurzen ataktischen Zusammenhängen denkt, ist eine solche pseudoprotektionistische gesetzliche Regelung eine destruktive und schafft nicht den Rahmen für eine technologische Revolution.

Scheer: Wird der Mittelstand vor dem Hintergrund der Finanzkrise weniger Leidtragend sein als Großkonzerne? Werden dezentrale Strukturen wieder attraktiver?

Asbeck: Wir haben keine Kreditklemme, sondern Kredite werden massiv teuer gemacht, wodurch es schwierig wird, neue Maschinen zu kaufen und in die Zukunft zu investieren. Wenn schon ein Autobauer wie Porsche oder BMW fünf Prozent Marge planen muss, was muss dann erst ein Mittelständler zahlen! Aber langfristig, wenn der Mittelstand die Krise durchlaufen hat und sich die Wirtschaft flexibel anpasst, werden wir natürlich das zu Geld machen, was wir in Deutschland haben. Das ist deutsche Ingenieurskunst. Die ist geballt auch im deutschen Mittelstand vorhanden. Ich kann mir gut vorstellen, dass der Mittelstand gestärkt aus einer solchen Krise hervorgeht.

Scheer: Was sollte die Bildungspolitik aus all diesen Ereignissen für Konsequenzen ziehen?

Asbeck: Wir haben einen enormen Mangel an gut ausgebildeten Ingenieuren in Deutschland. Obwohl wir eine Krise haben, haben wir immer noch das Problem, Köpfe zu bekommen; Hände, die anpacken wollen, haben wir genug in Deutschland. Es fängt beim qualifizierten Facharbeiter an, bei dem das Lesen und Schreiben doch schwach ausgebildet ist und geht hoch zum Ingenieur, wo die Menge einfach nicht ausreicht. Jede Mark, die man in Bildung steckt, ist ein Investment. Die Bildung hat natürlich keine große Lobby. In der Bildung kommt der Return nicht beim Einzelnen an, sondern er wird verteilt auf viele, die dann Lohn und Brot finden.

Scheer: Meinen Sie, dass es auch zu wenig auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Bildung gibt?

Asbeck: Ich glaube, dass die Menschen in Deutschland nicht dumm sind. Das Bewusstsein über ökologische Fragestellungen ist schon gegeben, sonst hätten wir nicht die große Nachfrage nach Bio- bzw. ökologischen Lebensmitteln.

Scheer: Wenn wir an den Schulen und Universitäten ein umfangreiches Lehrprogramm über Nachhaltigkeit hätten, gäbe es möglicherweise weniger kontraproduktive Entscheidungen, wie etwa die soeben im Bereich der Automobilindustrie zitieren?

Asbeck: Ich denke nicht, dass der Begriff der Nachhaltigkeit so verwässert werden soll, wie das Waldsterben.

Scheer: Vielleicht meldeten sich in Deutschland alle verfügbaren Ingenieure nur noch bei Ihnen oder anderen ökologisch wirtschaftenden Unternehmen, wenn sie ein geschulteres ökologisches Bewusstsein mitbrächten?

Asbeck: Es gibt ja schon Studiengänge in diese Richtung. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Es ist sicherer, das Geld nicht zu Lehman zu bringen, sondern auf das Dach zu montieren.

Scheer: Zum Abschluss noch einmal zurück zur Finanzkrise: wie wird sie sich auf die deutsche Photovoltaik-Branche auswirken?

Asbeck: Wir stellen fest, dass die Leute nun in sichere Anlagen gehen wollen. Es ist sicherer, das Geld nicht zu Lehman zu bringen, sondern auf das Dach zu montieren. Dies geschieht unter eigener Kontrolle, wobei quasi mehr als ein Bundesschatzbrief montiert wird. Dafür haben wir einen Begriff kreiert: Die Dachsparkasse. Man kann jeden Tag sehen, dass es Zinsen bringt. Das ist ein sicheres Investment. Und deshalb glaube ich, dass sich der Photovoltaik- und der Solarmarkt nicht nur in Deutschland, sondern auch international, speziell bei Dach-gebundenen Anlagen, nicht bei den Form-ungebundenen Freianlagen, sehr positiv entwickeln wird.

Herr Asbeck, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte

Dr. Nina Scheer Geschäftsführerin UnternehmensGrün
3. Dezember 2008

Interview mit Prof. Dr. Norbert Walter

Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe

Scheer: Was ist Ihrer Meinung nach in der Kreditwirtschaft falsch gelaufen?

Walter: Vieles, ich glaube ich eine richtige Antwort. Denn es gibt eine ganze Reihe sowohl mikroökonomischen Fehlverhaltens als auch makroökonomischer Erklärungen dafür. In den USA hat Alan Greenspan zu viel Geld zur Verfügung gestellt, weil man die Produktivitätssteigerungen überschätzte. Außerdem ist in Asien, in den arabischen Ländern und in Russland insgesamt über zu viele Jahre zu viel Geld zu zu niedrigen Konditionen angeboten worden, weil man eine Aufwertung der eigenen Währung vermeiden wollte. Zudem gab es Finanzinstitute und Kapitalmärkte, die mit dieser übermäßig reichlichen Liquidität nicht bewusst umgingen. Da kurzfristig Geld von der Zentralbank billig war, beschlossen Leute, dass es auch langfristig reichlich verfügbar sei, und das war eben falsch. Die Risikoeinschätzungen waren falsch. Dadurch entstanden am Anfang zwar keine Inflationsüberreibungen aber Bubbles im Renten- und Immobilienmarkt. Finanzfachleute gaben allzu preiswerte Hypotheken an Personen, deren Einkommens- und Vermögenssituation eigentlich eine solche Investition nicht rechtfertigte.

Das Kartenhaus stürzte dann letztendlich ein, weil – ausgelöst durch die Rohstoffhaussa – die Inflation wieder anstieg und über die gestiegenen Zinsen die ehemals preiswerten Hypotheken für viele Menschen nicht mehr finanzierbar waren.

Es ist klug, nachhaltig Sinnvolles jetzt auch kurzfristig politisch umzusetzen.

Scheer: Aber wenn man jetzt mal das Stichwort „falsche Risikoeinschätzung“ herausgreift: Was muss man tun, um solche Folgen zu verhindern?

Walter: Man muss an verschiedenen Ecken ansetzen. Sicherheit braucht man gute Kontrolleure in den Finanzinstituten. Es ist offenkundig, dass es keinen Spaß macht, seine Existenz oder seinen Job zu verlieren. Und genau das ist ja jetzt passiert: es gingen Unternehmen über die Wupper, es wurden Vorstände geschasst. Das sind Sanktionsmechanismen, von denen man annehmen darf, dass sie Lerneffekte bewirken. Aber wir brauchen ganz sicherlich auch bei den Aufsichtsbehörden, bei den Regulatoren andere Kompetenzen und andere Weichenstellungen, um jene mit dem Verhalten der Banken zu verzahnen. Wir brauchen sicher auch andere Entlohnungssysteme in den Finanzinstituten, als die in der Vergangenheit angewendet. Diese waren teilweise zur Vermehrung von Transaktionen Anlass, die eben nicht nachhaltig im Interesse der Kunden liegen.

Scheer: Auch Bundespräsident Köhler wies darauf hin, dass wieder zu den Banquiers zurückzukommen sei.

Walter: Da die nicht genau beschrieben sind und früher Banquiers auch schon Probleme hatten, ist dies vielleicht nicht präzise genug. Wenn ich etwa Jemandem eine Umsatzprovision gebe, brauche ich mich nicht zu wundern, wenn er den Umsatz erhöhen will. Wenn ich aber weiß, meine Kunden sind nicht an der Zahl der Finanztransaktionen interessiert, sondern wollen Ertrag davon haben, könnte man – wenn es irgendwie geht – den nachhaltigen Ertrag von Kunden zur Anreizorientierung für die Besoldung nehmen.

Scheer: Aber reicht das tatsächlich aus? Oder muss man bei Fragen von Umsatzprovisionen, aber auch etwa bei Spekulationen auf Weizen und andere überlebenswichtige Nahrungsmittel, an das Wertesystem und – daraus folgend – an Rahmenbedingungen im Sinne von „ein Stück weit mehr Staat“ denken?

Walter: Wenn der Staat irgendetwas besser weiß, dann ist das gut. Aber wenn der Staat, was die Kompetenz angeht, nicht überlegen ist, ist das natürlich keine gute Idee.

Die IKB, KfW, WestLB, SachsenLB und die BayernLB waren keine idealen Hinweise darauf, dass staatliches Bankwesen für die Sicherung einer effizienten Nutzung von Ersparnissen von Menschen besonders günstig ist. Die Antwort: „Der Staat richtet es“ ist in vielen Fällen nicht die richtige Schlussfolgerung.

Scheer: Aber es ist vielleicht ein Unterschied, ob der Staat in Form einer Bank oder ob in Form von Rahmengesetzgebung agiert.

Walter: Prima, da käme ich gerne hin. Wir brauchen ganz sicher dort, wo es zur Verhaltens-Steuerung staatlicher Regelungen bedarf, hoheitliche Entscheidungen, die der Sache nach Sinn machen. Z.B. brauchen wir meiner Einschätzung nach für riskante Geschäfte große Eigenkapital-Unterlegungen. Anders als manche Deutsche, die sich immer gerne schnell für Gebote und Verbote aussprechen, bin ich für vernünftige Anreize. Ich würde nicht verbieten, dass jemand ein riskantes Geschäft macht. Aber ich würde darauf achten, dass jemand, der ein riskantes Geschäft macht, dann, wenn das Risiko eintritt, anderen Leuten nicht zur Last fällt. Wenn Leute risikoreiche Dinge tun wollen, ist vorzuziehen, dass sie diese Risiken auch tragen können.

Scheer: Ist in dieses Risiko der Klimaschutz mit eingerechnet?

Walter: Das war eine abstrakte Formulierung. Wenn z.B. bestimmte Energien verwendet und damit bestimmte Umweltimplikationen ausgelöst werden, gilt es in diesem Fall staatlicherseits darauf zu achten, dass die durch ein entsprechendes Verhalten ausgelösten externen Effekte durch den Handelnden bzw. Verantwortlichen übernommen werden.

Scheer: Und das sollte in internationalen Rahmenbedingungen manifestiert werden?

Walter: Ja, dabei haben wir das besondere Problem, dass viele Menschen in Bezug auf staatliche Verantwortung noch immer nur national denken, da sie glauben, vernünftiger Weise könne es nur nationale Souveränität geben. Da gibt es gerade in Europa fast dogmatische Vorstellungen.

Scheer: Am Beispiel des Erneuerbare Energien Gesetzes ist aber etwa zu erkennen, dass es nicht immer ganz falsch ist, wenn ein Staat mal als Vorreiter einen Schritt voraus geht und dann andere Staaten mit sich zieht.

Walter: Da haben Sie den wichtigsten Gedanken formuliert. Dafür bedarf es aber guter Argumente damit die Anderen mitziehen. Ein Schritt oder eineinhalb Schritte vor den Anderen zu sein, kann durchaus klug sein. Aber wenn man einen Irrweg eingeschlagen hat und andere Staaten einem aus gutem Grund nicht folgen, bleibt nur der Wettbewerbsnachteil übrig. Man sollte erkennen, dass es solche Risiken gibt. Staaten, die entsprechende Externalitäten berücksichtigen und eine hoheitliche Entscheidung treffen, sollten erkennen, dass dies auch Auswirkungen auf die Wettbewerbssituation hat. Man sollte darauf achten, dass mit Argumenten eine bestimmte Behandlung externer Effekte – sei es eine soziale- oder eine umweltorientierte – auch in anderen Ländern und für andere Regionen auf den Weg gebracht wird. Wir müssen in unserer Debatte bzgl. staatlicher Beeinflussung über das Nationale hinaus gehen und für internationale Vereinbarungen eintreten, egal ob das dann Kyoto, Posen oder Kopenhagen heißt. Dabei sollte man in Europa versuchen zusammen zu agieren, um z.B. den anderen wichtigen Player, die USA, dazu zu bewegen, mitzumachen. Gilt es, globale Risiken oder globale Aspekte – so wahrscheinlich auch für den Finanzmarkt – zu regulieren, kommt es darauf an, etwa Basel II als risikoadäquate Eigenkapital-Unterlegung für Geschäfte auf internationaler Ebene auf den Weg zu bringen. Dafür kann die europäische Plattform schon mal eine bessere Verhandlungsposition sein, als – wie es diese eigenwilligen Deutschen immer denken – alles alleine tun zu wollen.

Scheer: Wie sollte vor diesem Hintergrund eine deutsche Initiative Ihrer Ansicht nach aussehen?

Walter: Die Antwort ist relativ klar: Es ist klug, nachhaltig Sinnvolles jetzt auch kurzfristig politisch umzusetzen. Die



Man hätte aber etwa bei der KFZ-Steuer von Anfang an einen Anreiz für emissionsärmere Autos uneingeschränkt gelten lassen können.

ökonomisch schwierige Lage sollte uns nicht mittelfristig Sinnvolles zeitweise vergessen lassen.

Scheer: Sie fanden es also auch falsch, dass die EU gerade jetzt der Automobilindustrie einen zeitlichen Aufschub gegeben hat und ihre Vorhaben damit verwässert hat?

Walter: Über einen zeitlichen Aufschub kann man diskutieren. Man hätte aber etwa bei der KFZ-Steuer von Anfang an einen Anreiz für emissionsärmere Autos uneingeschränkt gelten lassen können. Jemanden zu dem Kauf eines Fahrzeuges zu bewegen, dessen Restwert schnell sinkt, weil der Marktwert des Fahrzeuges angesichts der CO₂-Emissionen stark zurückgeht, ist nicht klug. Man regt Jemanden an, etwas zu tun, was ihm ökonomisch später schadet.

Scheer: Spricht dann nicht vieles dafür, akut – auch national – etwa „top runner“ – Ansätze zu verfolgen, wie z.B. in Japan bereits umgesetzt? So lobten Sie unlängst auch Gordon Brown für seinen Schritt nach vorn. Meinen Sie nicht, dass man immer beide Wege gehen sollte?

Walter: Ja, es gibt viele richtige Instrumente, aber es gibt Entscheidungen, bei denen ich skeptisch bin, ob wir uns – ohne die anderen Staaten mitzunehmen – auf den Weg begeben sollten: Wenn beispielsweise bestimmte Chemie-Grundstoffe oder bestimmte Metallverarbeitung aufgrund einer zügig umzusetzenden Entscheidung in Länder ausgelagert werden, in denen im Grunde genommen genau das Gegenteil geschieht, wenn etwa die Basischemie im Nahen Osten statt in Deutschland produziert wird. Bei uns hätten wir Vorschriften, die eine vergleichsweise umweltschonende Produktionsweise sicherstellen. Wenn wir aber durch ein besonders aggressives Vorschreiten bewirken, dass die BASF die letzte Produktion dieser Art auch noch dorthin bringt, besteht die Gefahr, dass wir unsere umweltorientierten Ziele global nicht erreichen.

Ein weiterer Punkt, den ich verwunderlich finde, ist, dass diejenigen, die sich für Ressourcen- und für Umweltschonung

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

einsetzen, in keiner Weise kritisieren, dass der Energie-Input in Russland, China, Ägypten oder im Nahen Osten subventioniert wird und weit unter den Weltmarktpreisen liegt. Nach wie vor findet kein Aufschrei statt. Das impliziert eine ganz massive Verzerrung und damit natürlich auch Verschlechterung von Umwelt- und erschöpfbarer Ressourcenbilanzen.

Scheer: Daraus folgend wäre aber doch auch ein Plädoyer für ein dahingehend zu veränderndes Welthandelsrecht zu begrüßen.

Walter: Ja, ich wäre zunächst aber schon einmal dankbar, wenn in Deutschland diejenigen, die mit guten Argumenten eine umweltschutzorientierte Politik vorschlagen, die erwähnten massiven Verfehlungen aufspießen und deutlich machten, dass damit Schreckliches, sowohl in Bezug auf Umweltschutz als auch auf Schonung natürlicher Ressourcen, geschieht – die enge nationale Themenführung regt mich nachwievor auf.

Weiter käme es natürlich auf die Überlegung an, welche Maßnahmen ergriffen werden können, dieses Fehlverhalten abzustellen. Am Ende gibt es natürlich auch Sanktionen. Ob sie die beste Methode sind, weiß ich nicht. Es ist wohl immer das Beste, in Europa zusammen zu wirken, uns mit den Amerikanern zu verbünden und dann auf der Basis dieser Zusammenarbeit international zu agieren. Dann gibt es wahrscheinlich eine Chance, bestimmte Verhaltensweisen auch international durchzusetzen.

Scheer: Aber welche Zeit geben wir uns dafür?

Walter: Ich wäre schon froh, wenn wir schnell wären. Aber ich bin natürlich sehr skeptisch: Bei Allem, was europäisch aussieht, sei es Erweiterung, sei es Vertiefung der europäischen Integration, zeichnen sich die Europäer vor allem dadurch aus, dass sie europamüde sind.

Es ist wohl immer das Beste, in Europa zusammen zu wirken, uns mit den Amerikanern zu verbünden und dann auf der Basis dieser Zusammenarbeit international zu agieren.

Scheer: Aber noch mal: wenn nun im nächsten halben Jahr auf internationaler oder europäischer Ebene nichts geschieht?

Walter: Ja, wir haben natürlich eine Agenda, die lautet: Wer im nächsten halben Jahr Kopenhagen nicht richtig vorbereitet, der wird den Anschluss an das Kyoto-Protokoll nicht zustande bekommen. Ebenso, wie selbst mit einer grünen deutschen Agrarministerin verschlafen wurde, endlich etwas gegen die unsinnige EU-Agrarpolitik zu tun, scheint nun die Welt zu verschlafen, dass die Amerikaner sich in der Frage des Klimaschutzes und der Energieeffizienz aufmachen, etwas zu bewegen. Dies ist ein Fenster, auf das sich die Europäer wirklich einlassen sollten und eine Chance, die sie ergreifen sollten.

Scheer: Wobei sich die Amerikaner dadurch auszeichnen, dass sie auf den Nationalstaat vertrauen?

Walter: Die Amerikaner können auf den Nationalstaat vertrauen, wir Europäer brauchen die europäische Ebene. Die Amerikaner sind eben eine Supermacht, Deutschland ist das nicht.

Scheer: Aber ist es in Amerika nicht auch eher Kalifornien, das eine Vorreiterrolle eingenommen hat?

Walter: Natürlich gibt es dort Vorreiter, die sind in der Tat nützlich, wie man beobachten konnte. Ich habe auch nichts dagegen, dass wir mancherorts überraschend auf diese Weise vorankommen. Aber noch mal: Die Amerikaner haben jetzt mit Obama natürlich eine Chance. Wenn wir Europäer dieses Fenster Obama jetzt nicht nutzen, dann sind wir nach meiner Einschätzung schlecht beraten.

Scheer: Und wenn die EU es im nächsten halben Jahr nicht schafft, müssen wir dann doch alleine ran?

Walter: Ich brauche Ihnen ja nicht zu sagen, dass wir in Deutschland in einer Reihe dieser Fragen nicht gerade glänzen. Wir haben in der letzten Zeit an mehreren Stellen Mist gebaut. Und die Bundeskanzlerin ist zur Zeit in Europa nicht so sehr mit ihren Heiligendamm-Orientierungen unterwegs, sondern mit Abwiegeln.

Scheer: Was hielten Sie von einer Schadstoffsteuer?

Walter: Die theoretische Freude, die ich an Auktionierung von Schadstoffeinträgen habe, kann ich nicht verhehlen. Das heißt, die Auktionierung von Emissionsrechten ist für mich die theoretisch schönste Lösung. Aber ich bin ein sehr praktischer Mensch. Und ich bin deshalb unsicher, ob die technischen Probleme, die man bei der Einführung eines solchen Instruments hat, nicht möglicherweise so groß sind, dass man – auf dem Weg dahin – auch noch über einen so primitiven Mechanismus wie eine Ökosteuer und deren Verbesserung nachdenken muss, um überhaupt in Richtung der gewünschten Ressourceneinsparung und der ökologischen Effizienz zu kommen. Ich bin an dieser Stelle nicht ideologisch. Ich suche nach einem Instrument, das den Aufwand in Grenzen hält und eine gewisse ökonomische und ökologische Wirkung hat. Und wenn wir da zügig und unter Beteiligung von wichtigen Schwellenländern, wie Indien und China in Richtung Emissionszertifikate und Auktionierung derselben kommen könnten, wäre mir das als optimale Lösung sicherlich sehr recht.

Scheer: Greenpeace hat ein Schwarzbuch herausgegeben, dem zu entnehmen ist, dass wir allein in Deutschland jährlich über 30 Milliarden klimaschädliche Subventionen haben, wobei insbesondere versteckte Subventionen, etwa im Rahmen der Dienstwagenbesteuerung, Erwähnung finden. Was hielten Sie davon, wenn man gerade vor dem Hintergrund der Finanzkrise die Abschaffung solcher Subventionen zum Maßnahmen-Paket erklärte, um damit Anreize für eine ökologisch orientierte Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen?

Walter: Wir sollten nicht alles, was allokatiospolitisch für mittelfristige Ziele wünschenswert ist, auch als konjunkturell attraktiv ansehen. Ich befürchte, dass wir derzeit bei vielen Dingen den Zeitbedarf für eine sachgerechte Gestaltung unterschätzen, gerade bei den gewünschten Investitionen in Richtung ökologisch vernünftiger Verhaltensweisen. Wir haben wahrscheinlich nächstes Jahr ein Konjunkturproblem, wir haben es schon in diesem Winter. Deswegen muss man schnell Maßnahmen ergreifen und deswegen habe ich auch Gordon Brown und seine Maßnahmen gelobt, die insofern zielgenau sind, dass sie in dem vermuteten Zeitraum der Nachfrageschwäche möglichst schnell Käufe auslösen. Die auf einen gewissen Zeitraum begrenzte Senkung des Mehrwertsteuersatzes stellt erfahrungsgemäß eine effektive Maßnahme dar. Sie hat natürlich keine allokatiosive Richtung, das räume ich ein. Aber wir sollten erkennen, dass alles was allokatios effizient ist, sehr viel mehr Planung und sehr viel schwierigere Umsetzung erfordert, als dass das noch mit der konjunkturellen Aufgabe in Übereinstimmung zu bringen wäre.

Die auf einen gewissen Zeitraum begrenzte Senkung des Mehrwertsteuersatzes stellt erfahrungsgemäß eine effektive Maßnahme dar.

Scheer: UnternehmensGrün liegen aber Ergebnisse aus einer kürzlich unsererseits gestellten Umfrage vor, wonach gerade ökologisch ausgerichtete Unternehmen vor dem Hintergrund der Finanzkrise ganz gut da stehen bzw. nicht unmittelbar gebeutelt sind.

Walter: Ich habe ja nichts dagegen, über die Mehrwertsteuersenkung auch noch einen Hinweis zu geben, damit ordentliche Eis- und Kühlschränke und ordentliche Kessel im Keller demnächst auf den Weg gebracht werden könnten oder sollten. Aber wir brauchen für die konjunkturelle Stabilisierung vermutlich andere Typen von Maßnahmen als

die, die für die ökologische Orientierung sicherlich nachhaltig wichtig sind.

Scheer: Eine letzte Frage: Wie haben Sie das Angebot der SolarWorld AG aufgenommen?

Walter: Es gibt immer wieder kreative Überlegungen. Aber wenn jemand auf die Idee kommt, dass er Opel Deutschland durch Herauslösen zu einem potenten Löser von Auto-problemen oder allein schon der Lösung der Werke Opel Kaiserslautern und Rüsselsheim macht, ist das so naiv, dass ich mich darüber nur wundern kann. Wenn wir jemand in der Automobilbranche innovativ wirken sehen wollen, brauchen wir die Einbindung in eine Einheit, die economies of scale zulässt, die die Dimension von japanischen Firmen und von deutschen Firmen hat. So eine kleine Nische zu organisieren ist keine strategische Antwort auf die derzeitigen Herausforderungen.

Scheer: Auch nicht als Markteinstieg für eine ökologische Automobilindustrie wünschenswert?

Walter: Also wenn SolarWorld gesagt hätte, wir haben die Absicht, das mit Toyota oder mit VW oder mit Fiat zusammen zu führen, könnte daraus ein Konzept-Schuh werden. Aber so etwas war ja nicht mal in Ansätzen erkennbar. Insofern finde ich das interessant, aber nicht ernsthaft.

Herr Prof. Walter, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte

Dr. Nina Scheer Geschäftsführerin UnternehmensGrün
8. Dezember 2008

Ein Jahr Grünkauf

Grünkauf feiert seinen ersten Geburtstag: Im November 2007 wurde die Betreibergesellschaft Grünkauf AG gegründet, und zu Beginn des Jahres 2008 ging das System an den Start.

Seitdem hat sich viel getan: Mehr als ein Dutzend neuer Vorteilspartner kam seit dem Start hinzu und Tausende GrünCards wurden bestellt. Grünkauf war auf der Messe Biofach sowie der Klimatour „Sonne, Wind & Wir“ vertreten. Die „Messe Grünkauf“ in Potsdam zählte bereits bei ihrer zweiten Veranstaltung mehr als 3.500 Besucher in zwei Tagen. Und nicht zuletzt berichteten zahlreiche Medien von oekolandbau.de über JETZT, dem Jugendmagazin der Süddeutschen Zeitung bis zu BILD am SONNTAG über Grünkauf – einhellig positiv!

Durch den Anfang 2008 gegründeten Beirat, der mit renommierten Persönlichkeiten besetzt ist, sowie durch klare Kriterien für eine Partnerschaft, konnte Grünkauf sein wichtigstes Kapital aufbauen: Glaubwürdigkeit.

In 2009 geht es spannend weiter: Zahlreiche namhafte Firmen stehen vor einem Vertragsabschluss für eine Vorteilspartnerschaft und das „Grünkauf Magazin“ wird erstmalig erscheinen; ferner ist eine Grünkauf-Kreditkarte geplant.

Nachdem die Grünkauf AG bereits im vergangenen September eine Kapitalerhöhung weit über dem Ausgabepreis der Gründungsaktien durchgeführt hat, steht für das erste Quartal 2009 aufgrund des sehr raschen Wachstums bereits die nächste Kapitalerhöhung mit der Aufnahme von neuen Aktionären auf der Agenda. In diesem Zusammenhang gibt es eine weitere Neuerung: Im ersten Quartal 2009 werden die Aktien der Grünkauf AG auf der Handelsplattform der Umweltfinanz AG notiert, so dass sie künftig wesentlich einfacher handelbar sind.

Auch die aktuelle Krisenstimmung trübt nicht den Blick von Grünkauf in ein erfolgreiches Jahr 2009: Gerade in schlechten Zeiten sind Kundengewinnung und –bindung besonders gefragt!

Andreas Buchner
Vorstand UnternehmensGrün

Sabotieren Subventionen unser Klima?

Die am 15. November 08 von UnternehmensGrün unter Mitwirkung der Heinrich-Böll Stiftung NRW veranstaltete Tagung widmete sich der Umwelt- und insbesondere Klimaschutz-relevanten Subventionspraxis.



Jan Karsten Meier

Thematisch mit dem Veranstaltungsort, der Zeche Zollverein – einem Industrie-historischen Denkmal – verknüpft, fand eine wirtschaftspolitische Auseinandersetzung mit Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft statt. Einleitend konkretisierte Jan Karsten Meier, Vorstand UnternehmensGrün, die Problematik als eine sich in Zeiten der Finanzmarktkrise zuspitzende, wobei er auch die grundsätzlich auf Wirtschaftssysteme schädigende Wirkung von Subventionen ansprach.



Dr. Harry Lehmann

Sowohl Dr. Harry Lehmann, Leiter des Fachbereich I – Umweltplanung und Nachhaltigkeitsstrategien, Umweltbundesamt als auch Florian Prange, Vorstand FÖS, erörterten in ihren Referaten die Bandbreite Umwelt- und klimaschädlicher Subventionen, wie sie Prange zudem in seinem Beitrag „Umweltschädliche Subventionen: ungedeckte

Wechsel auf unsere Zukunft“, vgl. Seite 1 f. in dieser Ausgabe, skizziert und – für die Kernfragen der Tagung – exemplarisch erläuterte. Das Fazit von Dr. Lehmann lautete, dass mit 42 Milliarden Euro klimaschädigenden Subventionen – die Eigenheimzulage noch eingerechnet – eine nur unzureichende Fortentwicklung bzw. Etablierung klimaschützender Technologien möglich sei. Hinzu kämen – nicht eingepreiste – Kosten aus negativen externen Effekten, die sich bei ca. 70 Euro/t CO₂ jährlich deutschlandweit auf 53,9 Milliarden Euro belaufen.



links: Dr. Nina Scheer, Konferenzleitung, rechts: Florian Prange

Der Fotograf J Henry Fair schloss den Vormittag mit einer erläuternden Präsentation, „industrial scars“, beeindruckender Aufnahmen von industriellen Umwelteinflüssen. Die Aufnahmen vermochten in aufrüttelnder Weise zivilisato-



Garzweiler, www.industrialcars.com

© J Henry Fair

risch bedingte Umweltfolgen darzustellen. Sie vermittelten dabei insbesondere die Unverhältnismäßigkeit der zerstörenden bzw. verschmutzenden Eingriffe gegenüber deren zivilisatorischen Nutzen.

Eine anschließende Podiumsdiskussion, an der auch Florian Prange teilnahm, wurde durch Kurzreferate der Diskussionsteilnehmer Olaf Achilles, Vorstand systaic AG und Matthias Willenbacher, Vorstand juwi-Gruppe eingeleitet. Es moderierte Ronald Feisel, WDR, dem es gelang, die Diskussion zu einem von klimaschädigenden Subventionen befreiten Wirtschaftsszenario zu führen. Achilles wählte – an die Fotografien von J Henry Fair anknüpfend – die Bewusstseins-ebene, um einen Ausweg aus einer Politik klimaschädigender Subventionen – mit Weichenstellungen für eine Energiewende, hin zu Erneuerbaren Energien – zu skizzieren. Mit Verweis auf systaic betonte er, dass ein umweltverträgliche Produkte herstellendes bzw. anbietendes Unternehmen

nicht auf Subventionen angewiesen sei. Willenbacher verdeutlichte Hürden und Hemmnisse, der sich die Erneuerbare Energien-Branche, insbesondere die der Windenergie, in Form von „Verhinderungsplanung“ gegenüber sehe, wobei er auf den Bundesländervergleich, deren divergierenden Windenergie-Ausbau und ein Wahrnehmungsdefizit verwies: erst wenn die Einnahmequelle erkannt sei, setze in den Kommunen ein Umdenken ein.

Dr. Nina Scheer
Geschäftsführerin UnternehmensGrün

Die Tagung fand die freundliche Unterstützung von

systaic **GLS Bank**
europe's solar service group (Premiumsponsor) und Geld bekommt Sinn



J Henry Fair, Photograph



v.l.n.r. Matthias Willenbacher, Olaf Achilles, Ronald Feisel, Florian Prange

Umwelt-Wirtschaftsethik

Die vierte Veranstaltung der Vortragsreihe



GLS Bank
und Geld bekommt Sinn



Die vierte Veranstaltung der Vortragsreihe Umwelt-Wirtschaftsethik, die UnternehmensGrün in Kooperation mit EURO SOLAR e.V. und der GLS Bank Berlin ausrichtet, behandelte am 19. Oktober 2008 Fragen der Finanzwirtschaft und deren Verhältnis zu ökologischen Fragestellungen, auch vor dem Hintergrund der – gerade akut gewordenen – Finanzmarktkrise.

„Zur Ethik der Finanzwirtschaft, insbesondere bei der Finanzierung von Umweltprojekten“ sprach Prof. Dr. Köndgen (vgl. ders., Kreditverkäufe: volkswirtschaftlich sinnvoll – aber wer schützt die Schuldner? UnternehmensGrün Journal 1/2008, 4). Er stellte klar, dass funktionierende Finanzmärkte grundsätzlich ethisch genauso indifferent sind, wie andere Märkte. Das gelte selbst für die vielgeschmähte Spekulation, die notwendige Liquidität in die Finanzmärkte trage und das Marktgleichgewicht allenfalls kurzfristig aus der Balance bringen könne. Zu den Grundlagen funktionierender Finanzmärkte gehöre auch die hohe Mobilität des Anlagekapitals, die sich gegenwärtig etwa darin zeige, dass sich Anleger aus nachhaltigen Investments wie jenen in die Solarindustrie z. T. schon wieder zurückzögen. Freilich schließt all dies, so Prof. Köndgen weiter, keineswegs aus, dass Akteure an den Finanzmärkten ihr Handeln nach wirtschaftsethischen Prinzipien und Werten richten. Unter diesen hob Köndgen die



Prof. Dr. Johannes Köndgen

schneller am ziel

Hier bitte jeweils eine Bildunterschrift einsetzen



e.Konzept

Unternehmenspräsentationen

Nähere Informationen über e.Konzept:
Telefon: 0 75 06/95 16-0 oder www.e-konzept.de

Wir sind Mitglied bei:
www.mehrwerk.eu mehrwerk

Beratung
Konzeption
Design
Planung
Visualisierung
Management
Realisation
Service

Prinzipien der Austauschgerechtigkeit und der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen, „Geschäftstugenden“ wie Transparenz, Treue zum gegebenen Wort und Glaubwürdigkeit sowie die Aufgabe der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen hervor. Insgesamt müsse die Finanzwirtschaft sich wieder auf ihre dienende Funktion gegenüber der Realwirtschaft zurückbesinnen und dürfe nicht zum „Spielcasino“ (so Friedensnobelpreisträger Mohammed Yunus) entarten.

Umsetzen könne die Finanzwirtschaft diese Prinzipien und Werte sowohl durch ethisch verantwortliche Kreditvergabe als auch durch ethisch verantwortliches Investieren. Im Zentrum stehe hier die Aufgabe eines responsible lending, verstanden als human-, sozial- und umweltverträgliche Allokation von (Fremd-)Kapital. Im Bereich ethischer Kapitalanlagen verwies Köndgen auf das rasch wachsende, aber im Vergleich zum gesamten Anlageuniversum immer noch schwache Marktsegment „nachhaltiger Anlagen“, insbesondere in Gestalt sog. sustainability-Fonds. Bedenklich sei andererseits die Beteiligung von Kreditinstituten an der Rohstoff- und Nahrungsmittelspekulation.

Zur Effektivierung wirtschaftsethischer Ziele in der Finanzwirtschaft sei weder von der Gesetzgebung noch von der Finanzaufsicht Großes zu erwarten. Es seien die Bankkunden, die durch entsprechendes Nachfrageverhalten und durch genossenschaftliche Organisation disziplinierenden Einfluss auf die Finanzwirtschaft ausüben können: „Ethisch verantwortliche Banken brauchen ethisch verantwortliche Eigentümer“. Solche Institute blieben aber notwendigerweise Nischenplayer, da sich die großen Geschäftsbanken auch nach der Finanzkrise dem Diktat der Maximierung des shareholder value unterwerfen würden.

Für Hanne May, Fachjournalistin für Erneuerbare Energien und Chefredakteurin Neue Energie, waren und sind die Privatanleger der Schlüssel für einen Systemwechsel bei der Energieversorgung. Diese These erklärte sie in Ihrem Vortrag „Investieren in Erneuerbare Energien“ detailliert anhand der Möglichkeiten der direkten und indirekten Investitionen und Besonderheiten der einzelnen Erneuerbaren Energien-Sparten für Privatanleger. Um den Verlust von Naturkapital zu bremsen, benötigten wir auch weiterhin „mündige und kluge Investoren“ und allen voran die Privatanleger.

Unter dem Titel „Nachhaltig mit Geld umgehen – von der Idee bis zur Finanzierung mit der GLS Bank“ verdeutlichte Werner Landwehr, Leiter GLS Bank Berlin, an die Darlegungen von Prof. Köndgen anknüpfend, dass es auf



Hanne May

Verantwortung jedes einzelnen Anlegers ankomme, zu hinterfragen, wie ein erhoffter Mehrwert geschaffen wird: „Werden daraus Klimakiller produziert oder nachhaltige Unternehmen?“ Die GLS Bank, Gemeinschaft für Leihen und Schenken, verfolge mit ihrer Kreditvergabe das Ziel, auf die Gesellschaft bezogen „sinnstiftend zu wirken“, so Landwehr.



Werner Landwehr

Es finden sich in dem Portfolio der Bank Projekte u.a. in den Bereichen Regenerative Energien aber auch sozial ausgerichteter Art, etwa zu Behinderteneinrichtungen, wieder. Darüber hinaus informiert die Bank konkret über alle Geldverwendungen. Damit erhielten die Anleger, so Landwehr, die Option selbstbestimmt über ihre Investition zu entscheiden.



v.l.n.r. W. Landwehr, Prof. Dr. J.Köndgen, H.May im Rahmen der Diskussion



Sponsor

Dr. Nina Scheer
Geschäftsführerin UnternehmensGrün

Berlintage

Am 24./25.09.2008 fanden die Berlintage des Vorstands statt. Der Vorstand führte mit Bundestagsabgeordneten der Grünen und der FDP Gespräche. Darüber hinaus fand auch ein Gespräch mit der Messe Potsdam statt zur Planung der Messe Grünkauf für das Jahr 2009.

Mit MdB Kerstin Andreae (Bündnis 90/Die Grünen) besprach der Vorstand die unzureichende Ausstattung in Teilen Ostdeutschlands mit nicht nur für kleine Unternehmen wichtigen DSL-Anschlüssen. Frau Andreae, die Mitglied der Bundesnetzagentur ist, versprach sich in dieser Sache zu verwenden. Neben Fragen zu Private Equity wurde insbesondere das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts mit ihr erörtert. UnternehmensGrün begrüßte ausdrücklich das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und die neu geschaffene Möglichkeit einer haftungsbeschränkten Unternehmersgesellschaft ohne das für eine GmbH notwendige Kapital. Zwar hätte es UnternehmensGrün begrüßt, wenn auch die Personengesellschaft mit beschränkter Haftung eingeführt worden wäre. Die Reform des GmbH-Rechts ist die längst überfällige Antwort auf die Ausweitung der englischen Limited. Dieses vermeintlich günstige Modell hat schon manches „deutsch-englische“ Unternehmen, nicht nur wegen der englischen Bilanzvorschriften, in die Bredouille gebracht.

Da die Neuregelung des GmbH-Rechts, welches bereits vom Bundestag verabschiedet ist, zahlreiche Ungereimtheiten und Fragen aufwarf, stellte Frau Andreae auf unsere

Anregung hin eine kleine Anfrage an die Bundesregierung. Die Antwort der Bundesregierung liegt mittlerweile vor und kann auf der Homepage von Frau Andreae oder in unserer Geschäftsstelle erfragt werden. Darüber hinaus wurden mit ihr Fragen des Datenschutzes erörtert. Mit dem FDP-Abgeordneten Herrn Haustein besprach der Vorstand Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Fragestellungen. Darüber hinaus wurde ihm unser Modell zur negativen Einkommenssteuer vorgestellt. Auch mit MdB Haustein wurde die unzureichende Ausstattung des ländlichen Raums mit DSL-Anschlüssen angesprochen.

Mit der Referentin für Steuer- und Finanzpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Susanne Weis wurden sowohl Fragen zu Private Equity, der Erbschaftsteuer als auch die Lage auf dem Finanz- und Bankenmarkt diskutiert.

Im Gespräch mit Herrn Schulz von der Messe Potsdam (Mitglied von UnternehmensGrün) wurde eine positive Bilanz der Messe Grünkauf 2008 gezogen und die gegenseitige Zusammenarbeit für die Grünkauf-Messe 2009 verabredet. UnternehmensGrün ist Mitveranstalter der Messe.

Klaus Stähle
Vorstand UnternehmensGrün



Das SYSTAIC Energiedach

Solarsystem und ästhetisches Dach

Das SYSTAIC Erfolgskonzept ist die Vereinigung eigener Energiegewinnung mit architektonischer Ästhetik.
Designstark und zukunftsorientiert — auch auf den Messen Bau 2008 und Intersolar 2009.

Mehr Informationen unter www.systaic.de oder 0800 - SYSTAIC (1978242) — kostenlos das System! Festnetz. Mobilfunkpreise können variieren abweichen.

Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften

Über die Entwicklung des von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten Projekts

gefördert durch



Mit dem von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt mit einer Projektlaufzeit von zwei Jahren geförderten Projekt realisiert UnternehmensGrün in Kooperation mit ökologisch ausgerichteten Unternehmen, sog.

Mutterunternehmen, ökologisch-soziale Berufsbildung. Berufsschüler und Gymnasiasten widmen sich hier für ca. ein Jahr – in selbstständig geführten Miniaturunternehmen, sog. Juniorenfirmen – einer Geschäftsidee. Zur Erlangung einer Nachhaltigkeitsqualifikation nehmen die Junioren zudem an Workshops teil, die UnternehmensGrün ausrichtet, vgl. im Einzelnen die Erläuterungen unter www.unternehmensgruen.de.

In den ersten Monaten des Projekts konnten für alle Kooperationspartner in Baden-Württemberg interessierte Junioren von nahe gelegenen Berufsschulen und Gymnasien gefunden werden. Für die meisten der Junioren begann inzwischen die Arbeit an der Umsetzung ihrer nachhaltigen Geschäftsidee.

Erst kürzlich konnten weitere Unternehmen als Kooperationspartner gewonnen werden, die in dieser Ausgabe – auch in ihrer Rolle als Mutterunternehmen – vorgestellt werden (vgl. zu den bereits zuvor gewonnenen Kooperationspartnern die ausführliche Projektdarstellung in: UnternehmensGrün Journal 1/2008, 1 ff.). Neben den sechs bereits vorgestellten Unternehmen, bieten nun ein weiteres Unternehmen aus Baden-Württemberg und vier Unternehmen aus Berlin Raum zur Umsetzung und Verfolgung von kreativen und anspruchsvollen Geschäftsideen.

Am 14. Oktober fand in der biokraftwerk-Lounge im DGB Haus Stuttgart eine – auf die Juniorenfirmen gerichtete – Gründungsveranstaltung statt. Hier hatten sowohl die kooperierenden Unternehmen als auch die den jeweiligen Juniorenfirmen zugehörigen Auszubildenden und Schüler die Gelegenheit, ihr Unternehmen und die mit den Juniorenfirmen jeweilig zusammenhängenden Geschäftsideen zu präsentieren. Dabei war erfreulich zu sehen, dass sich ein Teil der Junioren schon nach kurzer Projektlaufzeit mit dem Produkt bzw. der Dienstleistung und den darin enthaltenen Nachhaltigkeitszielen des Unternehmens identifizierte. Nach diesem viel versprechenden Auftakt, der auch Raum für

Austausch und persönliches Kennenlernen bot, bleibt festzuhalten: Das Projekt „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“ läuft erfolgreich an.

Die nun ebenfalls nach der Vorbereitungsphase beginnenden und während der Projekt-gebundenen Laufzeit der Juniorenfirmen stattfindenden Workshops beinhalten neben „Teamentwicklung“ auch Aspekte der Unternehmensführung und interdisziplinäre Einblicke in „Ökologisches Wirtschaften im eigenen Unternehmen“.

Die Auszeichnung zum UN-Dekaden-Projekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die Bilder der Gründungsveranstaltung und weitere Informationen sind unter <http://www.unternehmensgruen.de/dbu> einzusehen. Ausführliche Informationen zu dem Juniorenfirmen-Projekt finden sie demnächst auch auf folgender Homepage: www.nachhaltige-juniorenfirmen.de

Wiebke Hampel
Wissenschaftliche Mitarbeiterin UnternehmensGrün



Kooperationspartner

Weitere Mutterunternehmen im Rahmen des Projekts „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“



Raoul von der Heydt – Phönix SonnenWärme AG

Internetshop für Phönix

Die Phönix SonnenWärme AG ist ein renommierter Systemhersteller aus dem Bereich Erneuerbarer Energien. Bereits seit 1994 handelt das Unternehmen mit Solaranlagen in Deutschland, heute sind bereits 30.000 Anlagen deutschland- und europaweit installiert. Das Spezialgebiet des innovativen Unternehmens ist die Nutzung der Sonnenenergie für alle Anwendungen der Wärme- und Kälteerzeugung. Die Kunden der Phönix SonnenWärme AG sind Handwerker und Fachhändler im In- und europäischen Ausland. Die Juniorenfirma wird Geschäftskonzepte entwickeln mit dem Ziel, neue Vertriebsformen, vor allem über das Internet, zu entwickeln. www.sonnenwaermeag.de



Andreas Gebhard – newthinking store GmbH

newthinking für Juniorenunternehmer

Die newthinking store GmbH ist Bestandteil des newthinking network. In diesem Zusammenschluss von verschiedenen Unternehmen und Initiativen wie dem vielfach preisgekrönten Weblog netzpolitik.org oder der Veranstaltungsreihe „Sustainable – IT Forum“ wird ab dem Jahr 2009 auch eine Juniorenfirma ihren Platz finden. Das Unternehmen bietet Open Source und Freie Softwarelösungen für Unternehmen, Behörden und Non-Profit Organisationen an. „Dieses offene IT Entwicklungsmodell hat viele Parallelen zu den Prinzipien der Nachhaltigkeit“, beschreibt Andreas Gebhard seine Motivation und den Hintergrund seines Engagements für die Juniorenfirma. Ab Januar 2009 werden Junioren in der newthinking store GmbH an der Vorbereitung und der Umsetzung der re:publica09 arbeiten. Sie werden also direkt an der Veranstaltungsorganisation beteiligt und erhalten so wichtige Einblicke in die Arbeit von newthinking und in die thematische Vielfalt des Themas. www.store.newthinking.de



Albert Gothe – Architekturbüro Gothe

Bootel

Seit 1997 ist architekturGOTHE im badischen Raum und in der Schweiz im Einsatz. Das Büro arbeitet für private Bauherren, Kunden aus Industrie und Gewerbe oder für öffentliche Körperschaften. Die Architekten haben sich nachhaltiges Bauen mit hoher Kosten-Nutzen-Effizienz zum Ziel gesetzt, d.h. sie arbeiten mit hochwertigen, gesundheitsverträglichen Materialien, die sich besonders auf lange Sicht auszahlen. In den vergangenen acht Jahren hat das Unternehmen die unterschiedlichsten Projekte für seine Kunden realisiert – vom komplexen Niedrigenergie-Haus bis zur funktionalen Produktionshalle. Nun widmet sich das Team neuen Projekten, darunter dem Bau von „Bootels“, Ferienhütten in Form eines umgedrehten Bootes. Die Aufgaben der Junioren bestehen darin, als Unternehmen „Bootel“ alle Abläufe der Realisation eines energetisch optimierten Gebäudes durchzuführen (Firmenorganisation, Produktrealisation), bis hin zu eigener, praktischer Mitarbeit auf der Baustelle. www.architekturgothe.de



Guido Höcke – Johannis GmbH & Co. KG

Nachhaltigkeitsleitfaden



Die Johannis GmbH & Co. KG betreibt den seit über 12 Jahren bestehenden Berliner Event- und Tagungsort Kalkscheune. Sie ist zusätzlich beratend bei der Durchführung von Veranstaltungen tätig. Aufgabe der Junioren wird es sein, einen Kriterienkatalog zu entwickeln, nach dem Planung und Durchführung von Veranstaltungen unter dem zentralen Gesichtspunkt wirklicher Nachhaltigkeit erfolgen kann. www.kalkscheune.de

nach dem Planung und Durchführung von Veranstaltungen unter dem zentralen Gesichtspunkt wirklicher Nachhaltigkeit erfolgen kann. www.kalkscheune.de

Hartmut Oswald – ERISol GmbH & Co. KG

Solaranlagen auf Schuldächern

Die ERISol GmbH & Co. KG ist für die Projektierung von Energieanlagen unter Nutzung von Solarenergie und BHKW im Immobilienbestand der Reusner GmbH & Co. Immobilien KG verantwortlich. Sie bereitet auch die Fernüberwachung von Energie- und anderen Verbrauchern sowie eine webbasierte Datenermittlung und Betriebskostenabrechnung vor. Das Unternehmen bietet seine Dienstleistungen auch anderen Kunden an. Die Juniorenfirma knüpft an einen weiteren Geschäftsbereich der ERISol GmbH,

die Initiierung und Umsetzung von Solarprojekten an Schulen, an. Am OSZ Bürowirtschaft und Dienstleistungen (OSZ BWD) wurde im Jahr 2007 unter der Mandel-Solar KG eine Photovoltaikanlage errichtet. Ziel der Juniorenfirma ist es, unter Anleitung der ERISol GmbH & Co. KG, die Verwaltung, den Marketingbereich und Finanzierungs-konzepte der Mandel-Solar KG zu übernehmen und auszubauen. www.erisol.de



Potentialabschätzung – 100 % Strom aus Erneuerbaren Energien in der Metropolregion Rhein-Neckar bis 2030

Durch regionale Wertschöpfung in der Metropolregion Rhein-Neckar wird wirtschaftliche Stabilität garantiert und das Abfließen von Kapital verhindert. Der Aufbau neuer fossiler und atomarer Kapazitäten führt nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich in eine Sackgasse. Auf der Grundlage einer 100 %igen Erneuerbare Energien-Stromversorgung der Region bis 2030 kann mit einem Zuwachs von 30.000 Arbeitsplätzen gezeichnet werden.

Zu diesem Ergebnis kommt die von UnternehmensGrün im Oktober 2008 herausgegebene „Potentialabschätzung – 100 % Strom aus Erneuerbaren Energien in der Metropolregion Rhein-Neckar bis 2030“. Mit der Potentialabschätzung verdeutlichen die Autoren Valentin Hollain und Nina Scheer, dass auch in einem industriellen Ballungsgebiet eine Vollversorgung durch Strom aus Erneuerbaren Energien in absehbarer Zeit möglich ist und welcher Schritte es hierfür von Seiten der Politik und Gesellschaft bedarf. Sie zeigen zudem auf, dass in Zeiten drohender Ressourcenknappheit und hiermit einhergehender Energieverteuerung ein solcher Weg nicht zuletzt eine ökonomische Chance für Wirtschaft und Verbraucher ist.

Nach einer Pressekonferenz, die UnternehmensGrün am 10. Oktober 2008 in Mannheim unter Mitwirkung von Dr. Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Mannheimer Wahlkreis, zur Vorstellung der Potentialabschätzung veranstaltete, fand diese u.a. am 13. November im Mannheimer Morgen Aufmerksamkeit. Mit den Worten von Schick zusammengefasst: „Das geologische, technische und meteorologische Potential ist in der Region vorhanden. Es fehlen aber der politische Wille und eine Strategie, dieses Potential tatsächlich zu nutzen. Eine neue Energiepolitik sollte zu einem der Kernprojekte der Region werden.“

Aus dem Inhalt der Potentialabschätzung

Durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz kann der Verbrauch der Metropolregion von heute 18,5 TWh auf 14,8 TWh im Jahr 2030 gesenkt werden.

Eine Vollversorgung durch Strom aus Erneuerbaren Energien ist unter Einbeziehung von wenigen, an die Metropolregion angrenzenden ländlichen Gebieten möglich. Dabei können mehr als 80 % des Strombedarfs mit direkt in der Region erzeugtem regenerativem Strom abgedeckt werden. Dieser Strommix kann sich aus 2 % Wasserkraft, 10 % Biomasse, 10 % Geothermie, 25 % Photovoltaik und 35 % Windenergie zusammensetzen. Weitere 20 % des Strombedarfs von 2030 können durch eine effektive Ausnutzung der Potentiale benachbarter Regionen gedeckt werden. Dort können aufgrund der naturräumlichen Ausstattung und einer geringen Bevölkerungsdichte erhebliche Mengen regenerativen Stroms erzeugt werden. Diese Regionen werden bei umfangreicher Ausschöpfung ihrer Gesamtpotentiale entsprechende Überschüsse erzielen und hiervon wirtschaftlich profitieren. Wie dies umzusetzen ist, zeigt inzwischen eine Vielzahl von Beispielen, von denen die Potentialabschätzung einige nennt. Es muss für den Wechsel des Energiesystems kein Neuland betreten werden.

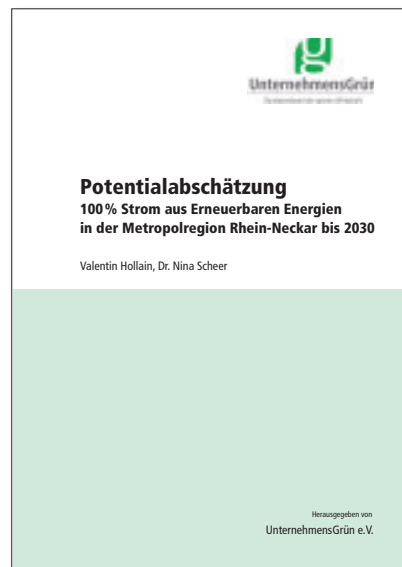
Die notwendigen Technologien zur Handhabung einer regenerativen Stromversorgung sind bereits heute vorhanden, sowohl im Bereich der Informationstechnologie als auch die Energiespeicherung betreffend. Zudem wird es hier bis 2030 – kongruent zu Erneuerbaren-Energien-Technologien - weitere technologische Entwicklungssprünge geben. Fossil-atomare Großkraftwerke werden durch dezentrale Erzeugung Erneuerbarer Energien abgelöst, die einzige ökologisch und ökonomisch tragfähige Alternative.

Negativ empfundene Nebeneffekte bei der Nutzung Erneuerbarer Energien sind marginal im Vergleich zu den Umweltschäden, die fossile und atomare Energieerzeugung verursachen. Der heutige Neubau von Kohlekraftwerken –

neu errichtete Kohlekraftwerke haben eine Laufzeit von mind. 40 Jahren – ist zudem sowohl ökonomisch als auch ökologisch unverantwortbar. Wer nach dem Sankt-Florians-Prinzip die regenerative Stromerzeugung ausbremst, verhindert das rechtzeitige Ausweichen auf Erneuerbare Energien, die von Jahr zu Jahr wirtschaftlicher werden und den einzig gangbaren Ausweg aus Klimawandel und fossil-atomarer Energiekrise bieten. Er verhindert zudem das Entstehen tausender – nicht ins Ausland verlagerbarer – Arbeitsplätze.

Als Begründung für einen fortgesetzten Einsatz von Kohle- und Atomstrom wird häufig mit der besorgniserregenden „Stromlücke“ argumentiert. Mit der behaupteten Unentbehrlichkeit der genannten Energieträger wird gerade in energieintensiven Räumen versucht, über eine unterstellte Ungesicherheit zukünftiger Energieversorgung Popularität zu erlangen. Jede Investition in herkömmliche Energieversorgungsstrukturen bedeutet ein Minus an Investitionen in Erneuerbare Energien. Fossile Großkraftwerke, Kohle- und Atomkraftwerke, die mancherorts als Brückentechnologie für weitere 30 Jahre angesehen werden, sind mit einem dezentralen und regenerativen Energiesystem nicht vereinbar.

Dr. Nina Scheer
Geschäftsführerin UnternehmensGrün



Vgl. www.unternehmensgruen.de/pdf/potentialabschaetzung.pdf

Investieren Sie in Ihre Zukunft!
Zur Verstärkung unserer Teams suchen wir an verschiedenen Standorten im In- und Ausland motivierte Mitarbeiter. Informieren Sie sich auf www.juwi.de über die aktuellen Stellenangebote der juwi-Gruppe.

Gestalten Sie mit uns die Zukunft

Die juwi-Gruppe zählt mit einem Jahresumsatz von rund 400 Mio. Euro zu den führenden Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien. Wir sind Ihr kompetenter Partner für **Wind-, Solar- und Bioenergie-Projekte** jeder Größenordnung. Für unsere Vision einer nachhaltigen Energieversorgung sind wir mit rund 350 Mitarbeitern weltweit aktiv.

juwi
Energie wird fühlbar.
juwi Holding AG · Energie-Allee 1 · 55286 Wörrstadt · www.juwi.de

Sozial-ökologisches Mittelstands-Forum

Eine Kooperation zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und UnternehmensGrün

Mit dem Anspruch der Etablierung eines ökologisch und zugleich sozial ausgerichteten Wirtschaftssystems wird UnternehmensGrün in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung – zunächst als Pilotprojekt – im Jahr 2009 die Tagungsreihe „Sozial-ökologisches Mittelstands-Forum“ etablieren und damit Raum für eine mittelstandspolitische, auf ökologische und soziale Fragen konzentrierte, Diskussion schaffen. Im Zentrum der Tagungsreihe stehen politische Fragen, die mit Blick auf bevorstehende Gesetzgebungsverfahren diskutiert werden. Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sollen Perspektiven vermitteln, wie sich Gesetzgebungsprojekte auf die Entwicklung eines sozial und ökologisch orientierten Mittelstandes auswirken und welche Maßnahmen zur Optimierung der sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen zu ergreifen sind. Im Hinblick auf bevorstehende Gesetzgebungsverfahren dient das Forum mit zwei bis drei Tagungen im Jahr der strukturierten Sammlung von Argumenten. Eine umfassende Dokumentation soll die anstehenden Gesetzgebungsinitiativen als Argumentationshilfe begleiten.

Nicht erst die Finanzmarktkrise, sie aber im Besonderen zeigt uns, dass Ökonomie nicht ohne Berücksichtigung von Effekten auskommt, die – weltweit – als stabil erachtete Volkswirtschaften ins Wanken zu bringen vermögen. In diesem Zusammenhang wird offenkundig, dass eine

Vernachlässigung der wirtschaftsethischen Grundlagen bedrohliche Folgen nach sich ziehen kann. So wird heute mit Grundnahrungsmitteln an der Börse spekuliert, an denen Menschenleben hängen. Ein hieraus resultierender Verteuerungseffekt ist mit einem Wertesystem, das sich auf die Garantie der Menschenwürde stützt, nicht vereinbar.

Vor diesem Hintergrund werden Liberalisierungsbestrebungen im Allgemeinen zu überdenken und Dezentralität als eine Schlüsselkategorie zu begreifen sein. Die Formel für Produktionseffizienz kann nicht mehr gelten, wenn negative externe Effekte als Folge zentralisierter Produktion und gebündelter Dienstleistungen nicht eingerechnet werden.

Gerade in dieser Zeit beweist sich der Mittelstand als ökonomisches Rückgrat der Gesellschaft. Der Mittelstand kann für sich den Vorzug der an Stabilität überlegenen wirtschaftlichen Einheit beanspruchen. Er bindet in Deutschland bereits heute die meisten Arbeitsplätze.

Beachtet man zudem die hohe Flexibilität, mit der sich im Mittelstand eine Anpassung an die Herausforderungen des Klimawandels – etwa bei der Etablierung eines Marktes für Erneuerbare-Energien-Technologien – vollzieht, kristallisiert sich auch hinsichtlich der ökologischen Herausforderungen die Bedeutung des Mittelstandes als Motor einer innovati-

ven Wirtschaft und Gesellschaft heraus. Nicht von ungefähr steht primär der deutsche Mittelstand für die Schaffung der in dieser Branche in wenigen Jahren entstandenen 250.000 Arbeitsplätze. Beispielhaft vermittelt das umwelt- und klimaverträgliche Wirtschaften der Branche, die zumeist auch einen selbstverständlicheren Umgang mit sozialverträglichen Beschäftigungsverhältnissen pflegt, den Erhalt von Kultur und den bewussten Umgang mit Ressourcen und Werten.

Terminhinweise sind den Homepages der Kooperationspartner zu entnehmen.

Dr. Nina Scheer
Geschäftsführerin UnternehmensGrün

Termine

(Ergänzungen und Änderungen vorbehalten, Stand: Dez. 2008)

15.02.2009, 11.00 Uhr, Schumannstr. 10, 10117 Berlin
Umwelt-Wirtschaftsethik, Schwerpunktthema:
Agro-Gentechnik, u.a. mit RA Dr. Achim Willand

12.09 - 13.09.2009, **Messe Grünkäuf**
Metropolis-Halle, Potsdam

Mitgliedsantrag / Bestellschein

An:
UnternehmensGrün e.V.
Bundesverband der grünen Wirtschaft
Wielandstraße 17, 10629 Berlin, per Fax an 030-325 99 682
www.unternehmensgruen.de

Unternehmen

Vorname Nachname

Straße

PLZ Ort

Telefax

E-Mail-Adresse

⇒ Ich interessiere mich für UnternehmensGrün und bitte um **weitere Informationen**.

⇒ Ich abonniere den **kostenlosen UnternehmensGrün-Newsletter** (erscheint alle 4 Wochen, Abmeldung jederzeit möglich)

⇒ Ich abonniere das **UnternehmensGrün Journal** (unbefristet, erscheint halbjährlich, 35,00 € incl. Versand pro Jahr, fällig nach Erhalt der ersten Ausgabe, Abbestellung acht Wochen vor Jahresende)

⇒ Ich unterstütze UnternehmensGrün durch eine Spende in Höhe von € (Spendenbescheinigung erhältlich)

⇒ **Ich möchte UnternehmensGrün-Mitglied werden**

Wir werden als **Unternehmen** Mitglied

Ich werde als **Einzelperson** Mitglied

Ich werde **Fördermitglied*** * Fördermitglieder können Privatpersonen werden, die nicht zugleich Unternehmer bzw. Selbstständige oder leitend in der Wirtschaft Tätige sind.

Ich entscheide mich für den jährlichen

Regelbeitrag von 650,00 € reduzierten Beitrag von 325,00 €

Fördermitgliedsbeitrag von mind. 120,00 €

Datum und Unterschrift

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige UnternehmensGrün, bis auf Widerruf die fälligen Beträge von meinem Konto abzubuchen.

Bitte buchen Sie **jährlich** ab. Bitte buchen Sie **monatlich** ab.

Konto-Nr. BLZ

Geldinstitut

Kontoinhaber/in

Datum und Unterschrift Kontoinhaber/in

OBERSCHWABEN SOLAR
Sinnvoll investieren

Solarpark Oberschwaben-Allgäu II

- Solarpark Oberschwaben-Allgäu I GmbH & Co KG
- BUND Solarpark Ravensburg GmbH & Co KG
- Oberschwaben Solar Zweites Projekt GmbH & Co KG
- Oberschwaben Solar Erstes Projekt GmbH & Co KG

Wir sind der Spezialist für Solarfonds in Süddeutschland.
In diesem Jahr realisieren wir bereits unser fünftes Beteiligungsprojekt in der sonnenreichen Region Oberschwaben-Allgäu.

Und wann steigen Sie ein?
Werden Sie Kommanditist in einem der attraktivsten Solarfonds:
Beteiligung schon ab 5.000,- €
240 % Ausschüttung in 21 Jahren

Fordern Sie den Beteiligungsprospekt für unser aktuelles Projekt an:
Oberschwaben Solar GmbH, Möttelinstraße 25, 88212 Ravensburg
Tel.: 07 51/ 3 55 09 27, Fax: 07 51/ 55 31 62
E-Mail: info@oberschwaben-solar.de

aktuelle Informationen unter: www.oberschwaben-solar.de